

Stellungnahme – Solidaritätsbekundung zur Einstellung der Förderung von respAct in Trägerschaft des Vereins Parteiliche Beratung Niedersachsen e.V.

Von verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Beratungsstellen und Einzelpersonen in Bremen und Niedersachsen.

Uns hat mit Entsetzen die Entscheidung des Landespräventionsrat (LPR) Niedersachsen erreicht, dem Verein Parteiliche Beratung Niedersachsen e.V. die Trägerschaft für die Betroffenenberatung in Niedersachsen zu entziehen und damit die Beratungsstelle RespAct zu schließen. RespAct ist die einzige, seit 2017 etablierte, erfahrene und breit genutzte Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Niedersachsen.

Wir sind fassungslos und wütend, dass in einer Zeit, in der rechtsextreme, rassistische und antisemitische Gewalt eine alltägliche Realität für viele Menschen – bundesweit und in Niedersachsen - darstellt, der derzeitigen Betroffenenberatung in Niedersachsen die Finanzierung gestrichen werden soll und die Trägerschaft bereits neu ausgeschrieben wurde. Die rassistischen Morde in Hanau sind gerade 6 Wochen her. Und erst am 07.04.20 wurde der 15-jährige Arkan Hussein Khalaf im niedersächsischen Celle aus rassistisch motivierten Gründen auf offener Straße ermordet.

Was hat sich der Landespräventionsrat bitte dabei gedacht?!

Die einzige qualifizierte, erfahrene und etablierte Beratungsstelle, die seit mehreren Jahren in ganz Niedersachsen Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt unterstützt und berät, soll geschlossen werden - wobei offenkundig ist, dass dieses Beratungsangebot benötigt wird und ausgebaut werden muss!!

Selbst wenn mit der bereits erfolgten Ausschreibung für eine neue Trägerschaft ein neuer unabhängiger Träger für die Arbeit gefunden würde, werden die Expertise, die Erfahrungen und die aufgebauten und etablierten Strukturen der Beratungsstelle zunichte gemacht. Außerdem müssen die Netzwerke und v.a. auch das Vertrauen der Betroffenen wieder neu hergestellt werden.

RespAct ist eine der wenigen Betroffenenberatungen bundesweit, in denen Schwarze Berater*innen und Berater*innen of Color einen Großteil des Teams darstellen und das Profil der Arbeit geprägt haben. Dass Beratungsteams die Lebensrealitäten von Betroffenen widerspiegeln ist eine zentrale Forderung in Fachkreisen und von Betroffenen. Dabei gilt es anzuerkennen, dass in Beratungssettings in *weiß* dominierten Zusammenhängen, auch wenn sie in Rassismuskritischer Absicht handeln, Rassismus reproduziert wird und Betroffene somit permanent der Gefahr der Wiederholung und Relativierung von Erfahrungen ausgesetzt sind.

Wir sind schockiert, dass ausgerechnet einem mehrheitlich nicht-*weißen* Team die Fortsetzung ihrer Arbeit verunmöglicht und das aus jenen Perspektiven geprägte Profil der Beratungsstelle zunichte gemacht wird. Die aktuelle Entscheidung durch den LPR ist weder nachvollziehbar noch hinnehmbar. Wir fragen uns, auf welchem Verständnis von Rassismus, Antisemitismus und rechter Gewalt seine Entscheidung begründet ist? Welche und wessen Interessen hat er im Blick, wenn die Betroffenenberatungsstelle nun unter anderer Trägerschaft geführt werden soll?

Es hat Jahrzehnte gedauert, bis anerkannt wurde, dass Betroffenenberatungsstellen nicht nur in den neueren, sondern in allen Bundesländern in Deutschland unbedingt benötigt werden. Damit ist scheinbar auch ein Schritt in die Richtung einer Anerkennung rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt als bundesweites Problem und alltägliche Bedrohung und Erfahrung gegangen worden. In der Schließung der Beratungsstelle sehen wir eine Verkennung der jahrelangen Kämpfe um die Einrichtung einer Betroffenenberatung in Niedersachsen, die ebenfalls von den Perspektiven Schwarzer Menschen und Personen of Color getragen wurden. Die jetzigen Maßnahmen schließen sich damit an die hartnäckige Ignoranz gegenüber rassistischer, rechtsextremer und antisemitischer Gewalt in den alten Bundesländern an, die damals die Abwehr gegen die Einrichtung einer Betroffenenberatung befeuert hat.

Die Fortsetzung der professionellen Arbeit von RespAct als unabhängiges, parteiliches und niedrigschwelliges Beratungsangebot für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt ist in Niedersachsen bleibt unbedingt notwendig. Rassistische und antisemitische Gewalt muss als gesamtgesellschaftliche Struktur anerkannt werden. Die ausgeprägten Strukturen rechter Organisierung und rechtspopulistischer Normalisierung, auch in Niedersachsen, dürfen nicht länger geleugnet und verharmlost werden. Die Gewalt und Bedrohung müssen endlich ernstgenommen werden – und zwar nicht erst dann, wenn Menschen ermordet werden.

Ernstnehmen heißt in diesem Fall auch, anzuerkennen, dass die Expertise für eine Unterstützung und Empowerment von Betroffenen nicht im Erfahrungs- und Wissensspektrum von *weiß*-deutsch positionierten Personen und dominanzgesellschaftlichen Organisationen liegt. Als Bündnispartner*innen können sie zu einer qualifizierten Beratung dadurch beitragen, unabhängige Strukturen und Arbeitsbereiche wie die Beratungsstelle von RespAct sowie die Arbeit des Vereins zu unterstützen, anstatt sie permanent in Frage zu stellen und letztlich zu verunmöglichen.

Die Arbeit von RespAct zeichnet ein langer Kampf um eine solche politisch unabhängige Arbeit aus. Ein unabhängiges Beratungsangebot ist unabdingbar für eine parteiliche Betroffenenberatung, die frei von anderen politischen Interessen agieren muss. Es ist längst bewiesen, dass Behörden und Polizei Teil der rassistischen Strukturen sind und rassistische Gewalt ausüben.

Wir erklären uns mit dem Team von RespAct solidarisch. Wir erkennen und schätzen die Arbeit und die Kämpfe, die von RespAct für eine unabhängige Beratungsstruktur in Niedersachsen geführt wurden. Wir sind voller Respekt und Dank!

Wir fordern die Fortführung der unabhängigen Beratungsarbeit durch RespAct und die sofortige Beendigung von einschränkenden und verhindernden Maßnahmen, die eine qualifizierte und so überaus notwendige Beratungs- und Unterstützungsarbeit verunmöglichen. Diese Praxis vom LPR bestätigt die gesamtgesellschaftliche Ignoranz gegenüber rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und wiederholt sie auf struktureller Ebene.

Wir – Gruppen und Organisationen aus Bremen und Oldenburg – akzeptieren die Entscheidung des LPR nicht. Die Einstellung der Arbeit von RespAct würde in unsere Arbeitszusammenhänge eine große Lücke reißen, da die Arbeit von RespAct im Rahmen von Verweisberatung und von kollegialem Austausch für uns unverzichtbar geworden ist.

Wir schließen uns den Forderungen des offenen Briefes an den LPR an:

- den Beschluss zur Schließung von RespAct zurückzunehmen und
- eine qualifizierte Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Niedersachsen langfristig sicher zu stellen,
- die professionelle Beratungsstelle RespAct personell, finanziell und strukturell angemessen auszustatten,
- die Fördermittel für das Projekt uneingeschränkt und ausschließlich dem Projekt zur Verfügung zu stellen,
- die Unabhängigkeit der Beratung von staatlichen und politischen Einflüssen sicher zu stellen,
- den Bereich der Betroffenenberatung durch RespAct durch mehr Personal und langfristige Förderzusagen zu stärken.

Bremen, 20.05.2020

*Erstunterzeichner*innen*

- Decolonize Bremen
- ADE - Arbeitsstelle gegen Diskriminierung und Gewalt - Expertise und Konfliktberatung der Universität Bremen
- soliport - Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt solidarisch beraten und unterstützen
- ADA – Antidiskriminierung in der Arbeitswelt
- Queeraspora
- BreSoC e.V. - Bremen Solidarity Centre e.V.
- Black Student Union Bremen
- BDP Mädchen_Kulturhaus Bremen
- ACOMP
- Flüchtlingsrat Bremen
- Shelter International e.V. Bremen
- Rat & Tat Zentrum für queeres Leben e.V.
- Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V. - Geschäfts- und Beratungsstelle Bremen
- Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt Bremen
- Werkstatt Antidiskriminierung e. V.
- Bildungsstätte Bredbeck
- Center for Migration, Education and Cultural Studies (CMC) in Oldenburg
- Seebrücke Oldenburg
- Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg e.V.
- Medienbüro Oldenburg e.V.

- Koma Sara Oldenburg
- Brigitte Gläser, Pfarrerin, Akademie der EV. Kirche
- kreativ:LABOR Oldenburg
- Kulturetage Oldenburg
- Cine-K Oldenburg
- Medienbüro Oldenburg e.V.
- Verein Städtefreundschaft Oldenburg-Efrin
- Alte Glashützensiedlung e.V.
- Prof. Dr.in Alisha M.B. Heinemann (Universität Bremen)
- Prof. Dr. Antje Krüger (Hochschule Bremen)
- Professor Dr. Sabine Broeck (Universität Bremen)
- Dr. Karin Esders (Universität Bremen)
- Jan Wolter (Institut für Pädagogik Carl von Ossietzky Universität Oldenburg)
- Dr. phil. Fatoş Atali-Timmer, Dipl. Päd. ♀ (Center for Migration, Education and Cultural Studies (Carl von Ossietzky Universität))
- Ayla Satilmis (Universität Bremen)
- Dr. Sunny Omwenyeke
- Anja Lohse
- Tobias Linnemann
- Hille Schulz
- Uta Seveneick
- Valentina Diester
- Rita Meiners
- Kim Annakathrin Ronacher
- Maja von Glan
- Felix B.
- Claudia Czycholl
- Katrin Amelang